

FRA Pressemitteilung
Wien/Stockholm, 9. Dezember 2009

Erste EU-weite Umfrage bei Minderheiten: Bestandsaufnahme der Diskriminierung in Europa

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) gibt die Ergebnisse ihrer Umfrage bei über 23 000 Angehörigen ethnischer Minderheiten und Zuwanderergruppen über ihre Erfahrungen mit Diskriminierung, rassistisch motivierten Straftaten und dem polizeilichen Vorgehen in der EU bekannt. Die Ergebnisse zeigen in schockierender Weise, welche Diskriminierung Minderheiten im Alltag erleben: in der Schule, bei der Arbeitssuche, beim Arzt oder beim Einkaufen. Kurz vor Beginn des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ruft die FRA zu gezielten politischen Strategien auf, um die Marginalisierung dieser Gruppen zu bekämpfen.

FRA-Direktor Morten Kjaerum: „Die Ergebnisse der Umfrage EU-MIDIS zeigen, dass ein erheblicher Teil der Angehörigen ethnischer Minderheiten und Zuwanderer große Schwierigkeiten beim Zugang zu den grundlegendsten Dienstleistungen hat. Die Diskriminierung im Bildungswesen richtet besonders großen Schaden an, da sie sich negativ auf die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt auswirken kann. Akteure auf allen Ebenen, von den Regierungen bis zu den Dienstleistern, müssen diese durch eingehende Befragungen vor Ort gesammelten Informationen nutzen, um gezielte politische Strategien gegen die Ausgrenzung dieser Gruppen aus der Europäischen Gesellschaft zu entwickeln.“

Diskriminierung im Alltag

11 % der Befragten aus Nordafrika hatten Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft in einem Geschäft oder schon beim Versuch, ein Geschäft zu betreten, erlebt. 17 % der Roma gaben an, durch Personal im Gesundheitswesen diskriminiert worden zu sein. Fast ein Viertel (22 %) der Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara wurden bei der Arbeitssuche mindestens einmal aufgrund ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert¹.

Opfer von Straftaten

Einer von vier Befragten (24 %) wurde in den letzten 12 Monaten mindestens einmal Opfer einer Straftat. Angehörige von Minderheiten werden zwar häufig als Kriminelle abgestempelt, doch sie können ganz klar auch Opfer von Straftaten sein, die Hilfe, Schutz und Unterstützung brauchen.

¹ Alle Daten beziehen sich auf die Erfahrungen in den letzten 12 Monaten.

Polizeikontrollen

Einer von fünf befragten Nordafrikanern (19 %) war der Auffassung, dass er gezielt wegen seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit von der Polizei kontrolliert wurde. Einige Befragte fühlen sich deshalb von der Polizei diskriminierend behandelt.

Kenntnisse über die eigenen Rechte

Die Umfrage zeigt deutlich, dass viele Angehörige ethnischer Minderheiten und Zuwanderergruppen die Rechtsvorschriften zur Diskriminierungsbekämpfung nicht kennen. So wusste fast die Hälfte (46%) der Befragten nicht, dass es Gesetze gibt, die die Diskriminierung von Menschen aus Gründen der ethnischen Zugehörigkeit in Geschäften, Restaurants, Bars oder Clubs verbieten.

„Es würde nichts passieren“

82 % der Befragungsteilnehmer, die in den letzten 12 Monaten diskriminiert wurden, hatten ihre letzte erlebte Diskriminierung weder an dem Ort, an dem sich der Vorfall ereignete, noch bei einer zuständigen Behörde gemeldet. Als Grund wurde am häufigsten die Überzeugung angegeben, dass „nichts passieren“ würde. Die Tatsache, dass Vorfälle häufig nicht gemeldet werden, lässt vermuten, dass die amtlichen Zahlen über rassistische Diskriminierung im Hinblick auf die Ausmaße des Problems nur die „Spitze des Eisbergs“ zeigen. Sie macht auch deutlich, dass diskriminierendes Verhalten oft ungesühnt bleibt, weil die Täter nicht gerichtlich verfolgt werden.

Unter <http://fra.europa.eu/eu-midis> finden Sie folgende Dokumente:

„EU-MIDIS: Wichtigste Ergebnisse“

„EU-MIDIS auf einen Blick“

Erster Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ – Die Roma

Zweiter Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ – Muslime

Berichte der FRA über EU-MIDIS sind abrufbar unter: <http://fra.europa.eu>
Wenn Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte an das FRA-Medienteam:
E-Mail: media@fra.europa.eu
Tel.: +43 158 030 642